

Volkstrauertag

Festhalten an einer umstrittenen, aber sinnvollen Tradition

Jahr für Jahr am vorletzten Sonntag im Kirchenjahr begeht auch unsere Kirchengemeinde den so genannten "Volkstrauertag". Vielleicht ein etwas irre führender Name, da Trauer nicht angeordnet werden kann und soll. Der Volkstrauertag lädt dazu ein, der unzählbaren Opfer von Kriegen und Gewalttaten, vor allem aus den beiden Weltkriegen des letzten Jahrhunderts, zu gedenken. Er macht deutlich, dass die Namen der Toten nicht vergessen werden. Der Volkstrauertag bietet die Gelegenheit dafür zu danken, dass es auf deutschem Boden seit 65 Jahren keinen Krieg mehr gegeben hat und auch kein Krieg vom deutschen Boden ausgegangen ist. Der Volkstrauertag bleibt aber immer auch ein störender und wach rüttelnder Tag. Er erinnert daran, dass es seit Ende des Zweiten Weltkrieges keinen Tag gegeben hat, an dem nicht irgendwo auf dieser Welt Krieg als Mittel der Politik eingesetzt wurde. Er macht auf die aktuellen Kriege aufmerksam. Kriege, an denen mittlerweile auch wieder deutsche Soldaten beteiligt sind. Der Volkstrauertag lässt es nicht zu, dass Politiker/innen wie Bürger/innen dieses Landes in trügerischer Sicherheit leben, sondern fordert von allen Seiten verantwortliches Handeln. In den vergangenen Jahren schien die Beteiligung an den Mahnmälern in unserer Kirchengemeinde zurück gegangen zu sein, in diesem Jahr aber war die Beteiligung sehr erfreulich.



Mahnmal zum 1. Weltkrieg (1914-1918)

Der Volkstrauertag 2010 begann wie in jedem Jahr mit einem Festgottesdienst in unserer St.Marienkirche, in dem das Verhältnis von Staat und Kirche im Mittelpunkt

stand. Im Predigttext 1. Timotheus 2,1-6a heißt es: (1) "So ermahne ich nun, dass man vor allen Dingen tue Bitte, Gebet, Fürbitte und Danksagung für alle Menschen, (2) für die Könige und für alle Obrigkeit, damit wir ein ruhiges und stilles Leben führen können in aller Frömmigkeit und Ehrbarkeit. (3) Dies ist gut und wohlgefällig vor Gott, unserm Heiland, (4) welcher will, dass allen Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen. (5) Denn es ist ein Gott und ein Mittler zwischen Gott und den Menschen, nämlich der Mensch Christus Jesus, (6) der sich selbst gegeben hat für alle zur Erlösung."

Pastor Petrowski sagte dazu in seiner Predigt:

"Staat und Kirche sind sauber zu trennen. Das ist eine der wichtigsten Erkenntnisse und Folgen der Nazi-Diktatur. Der Staat hat seine Aufgaben und seine Verantwortung, die ihm von Gott übertragen worden sind, und die Kirche hat ihre besondere Verantwortung. Der Staat hat der Kirche keine Vorschriften zu machen, muss aber sehr wohl darauf achten, dass Kirche sich im Rahmen der Verfassung bewegt. Die Kirche hat dem Staat keine Vorschriften zu machen, muss aber sehr wohl darauf achten, dass die Regierenden und Mächtigen ihrer von Gott übertragenen Verantwortung gerecht werden und nachkommen. Dazu gehört mit Sicherheit auch das Beten. Denn auf den Schultern derer, die politische Verantwortung tragen, liegt eine große Last. Wir dürfen sie nicht allein lassen. Sie brauchen unsere Unterstützung und sie brauchen unsere Gebete. Die Gebete der Kirche und der Christinnen und Christen. Keine Frage. Aber ebenso wichtig ist bei dieser Begleitung, dass wir ihnen auf die Finger schauen, dass wir darauf achten, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden und nachkommen. Der Verantwortung, dass "allen Menschen geholfen werde". Die Regierenden haben das Wohl aller Menschen im Blick zu behalten und nicht nur das Wohl einzelner Gruppen oder Wirtschaftsverbände oder Energiekonzerne. Ich begrüße es, dass der neue Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Nikolaus Schneider, dieser Verantwortung und Rolle der Kirche nachkommt und sich in angemessener, ruhiger und sachlicher Form einmischt und äußert. Sei es bei der Frage nach der Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke oder in der Frage der Einsätze der Bundeswehr und deutscher Soldaten im Ausland. Kirche ist ein Gegenüber des Staates und muss es bleiben. Ein begleitendes Gegenüber. Kein Feind. Aber wenn der Staat und die Regierenden ihrer Verantwortung nicht nachkommen und nicht mehr das Wohl aller im Blick haben, dann muss Kirche rechtzeitig und mutig und ohne Angst eine deutliche Sprache sprechen, auch wenn sie dafür Nackenschläge, Kritik und sogar Kirchenaustritte einstecken und hinnehmen muss. Das ist die Lehre aus der Vergangenheit, vor allem aus der Kaiserzeit und der Nazi-Diktatur. Auch und gerade daran erinnert uns der heutige Volkstrauertag. Der so seine Bedeutung hat und behält, auch wenn wir seit über 65 Jahren keinen Krieg mehr auf deutschen Boden hatten, wofür wir nur dankbar sein können. Auch den jeweils Regierenden wie der Opposition. Der Volkstrauertag ruft auf, nichts zu vergessen, nichts zu verdrängen. Er ruft auf, wachsam zu sein, mit offenen Augen und Ohren und vor allem Herzen. Er ruft auf, sich einzumischen, wenn die Regierenden und Mächtigen nicht ihrer Verantwortung nachkommen und nicht das Wohl aller im Auge haben. Der Volkstrauertag macht dabei ganz deutlich, dass jeder und jede Verantwortung trägt und sich aus dieser Verantwortung nicht heraus stehlen kann. Deshalb, liebe Gemeinde, lasst uns beten, vor allem auch für die, die uns regieren, aber lasst uns ihnen auch auf die Finger schauen und sehen, ob sie ihrer Verantwortung, die Gott ihnen anvertraut hat, gerecht werden. Amen."



Mahnmal zum 2. Weltkrieg (1939-1945)

Aufgrund des Regens sang die "Liedertafel Eddelak" in diesem Jahr das Lied "Wenn von uns fortgegangen" in der Kirche und auch Bürgermeister Reimer Borchers hielt seine Rede in der Kirche. Doch danach machten sich die 75 Anwesenden auf den Weg zur Kranzniederlegung vor der Kirche und dem gemeinsamen Lied: "Ich hat einen Kameraden". Während Bürgermeister Borchers sich für das zahlreiche Erscheinen bedankte und die Gedenkstunde in Eddelak beendete, schlossen sich in unserer Kirchengemeinde die Gedenkfeiern in Dingen, Westerbüttel, Blangenmoor und Averlak an, an denen ebenfalls zahlreiche Bürger/innen anzutreffen waren.



Logo des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge

Der Volkstrauertag wurde durch den 1919 gegründeten Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge auf Vorschlag seines bayerischen Landesverbandes zum Gedenken an die Kriegstoten des Ersten Weltkrieges eingeführt. Nicht "befohlene" Trauer war das Motiv, sondern das Setzen eines nicht übersehbaren Zeichens der Solidarität derjenigen, die keinen Verlust zu beklagen hatten, mit den Hinterbliebenen der Gefallenen.

Die erste offizielle Feierstunde fand 1922 im Deutschen Reichstag in Berlin statt. Der damalige Reichspräsident Paul Löbe hielt eine im In- und Ausland vielbeachtete Rede, in der er einer feindseligen Umwelt den Gedanken an Versöhnung und Verständigung gegenüberstellte. Ein Komitee, dem von den großen Glaubensgemeinschaften bis zum jüdischen Frauenbund vielerlei Verbände angehörten, erreichte unter Federführung des Volksbundes, dass der Volkstrauertag in den meisten Ländern des Reiches gemeinsam, nämlich am Sonntag Reminiscere, dem fünften Sonntag vor Ostern, begangen wurde.

1934 bestimmten die nationalsozialistischen Machthaber durch ein Gesetz den Volkstrauertag zum Staatsfeiertag und benannten ihn "Heldengedenktag". Die Träger waren bis 1945 die Wehrmacht und die NSDAP. Die Richtlinien über Inhalt und Ausführung erließ der Reichspropagandaminister. Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde der Volkstrauertag erneut vom Volksbund eingeführt und 1950 erstmals neben vielen regionalen Veranstaltungen mit einer Feierstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages begangen.



Einer von zahlreichen Soldatenfriedhöfen, die vom Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge gepflegt wird

Nach einer Übereinkunft zwischen der Bundesregierung, den Ländern und den großen Glaubensgemeinschaften wurde der Termin auf den vorletzten Sonntag im Kirchenjahr (evangelisch) bzw. den 33. Sonntag im Jahreskreis (katholisch) verlegt. Durch Landesgesetze ist der Tag geschützt. Der Volksbund versteht diesen Gedenktag auch mit zunehmendem Abstand vom Krieg als einen Tag der Trauer. Der Volkstrauertag ist

aber auch zu einem Tag der Mahnung zu Versöhnung, Verständigung und Frieden geworden.

Der Volksbund betreut heute im Auftrag der Bundesregierung die Gräber von etwa Zwei Millionen Kriegstoten auf über 827 Kriegsgräberstätten in 45 Staaten. Er wird dabei unterstützt von mehr als einer Million Mitgliedern und Förderern sowie der Bundesregierung. Das Leitwort ist: Versöhnung über den Gräbern - Arbeit für den Frieden.

(aus: www.volkstrauertrag.de/geschichte.html)

[zur Seite "Gemeinde aktuell"](#)

[\[Home\]](#)